

L. D. 26 2 1977

26. 2. 1977

111020

POI

Montag, 24. Februar 1997

Angst vor Anschlägen auf Wehrmachtsausstellung

CSU weist „wüste Diffamierung“ zurück

DW München - Im Streit um die umstrittene Wehrmachtsausstellung in München, die heute abend in der Ludwig-Maximilians-Universität eröffnet wird, wird eine Eskalation befürchtet. Kritiker werfen den Organisatoren eine pauschale Verunglimpfung der 20 Millionen Wehrmachtsangehörigen vor. Der Ausstellungsleiter, Hannes Heer, warnte vor politisch motivierten Anschlägen auf die Ausstellung. In München „haben wir erstmals die Kombination aus NPD und CSU, und da will ich nicht ausschließen, daß es zu Anschlägen kommt“, sagte Heer dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“. Die CSU-Landesleitung wies die Äußerungen Heers als „wüste Diffamierung von über 180 000 CSU-Mitgliedern“ zurück. Der Ausstellungsleiter betreibe üble Stimmungsmache und bediene sich einer demagogischen Wortwahl.

Kurz vor der Eröffnung der Ausstellung wollen Gegner auf dem Münchner Marienplatz demonstrieren. CSU und Junge Union werden aus Protest einen Kranz am Grab des Unbekannten Soldaten niederlegen. Fast parallel zur Eröffnung findet eine Protestsit- zung der Rathaus-CSU statt, an der jedoch nicht alle Stadträte teilnehmen. Am 1. März planen Anhänger der rechtsextremen NPD aus dem ganzen Bundesgebiet, in München gegen die Veranstaltung aufzumarschieren.

Der Streit um die Wehrmachtsausstellung war nach einer Äuße-

rung des Münchner CSU-Chefs Peter Gauweiler eskaliert. Er hatte dem Förderer der Ausstellung, Jan Philipp Reemtsma, empfohlen, eine Schau über die Opfer des Tabakkonsums zu machen. Der ver- gangene Jahr entführte Millionär hatte 1980 seine Anteile am Ziga- rettenkonzern verkauft.

Der frühere SPD-Bundesvorsit- zende und Münchner Ex-Oberbür- germeister Hans-Jochen Vogel warf Gauweiler vor, an der Spitze einer demokratischen Partei „nichts mehr verloren zu haben“. Wer sich so verhalte, „sollte seine politische Heimat bei der NPD su- chen“. Der Grünen-Bundestagsab- geordnete Gerald Häfner sprach von einem Sturz der CSU ins ultra- rechte Spektrum.

Der Sprecher der CSU, Ingo-Mi- chael Fett, erklärte dagegen: „Ge- rade die CSU, die ihre Wurzeln im Widerstand gegen das NS-Regime hat, braucht im Hinblick auf Rechtsextremismus keinen Nach- hilfeunterricht.“ Seine Partei habe mit ihrer Abgrenzungspolitik ver- hindert, daß rechtsextremistische Parteien in Bayern salonfähig wer- den konnten.

Was sich derzeit in München an politischen „Ungeheuerlichkeiten ereignet, ist einzigartig“, sagte Heer. Die Aussteller hätten zwar „mit einem rituellen Protest von CSU-Granden gerechnet, aber nicht mit dieser wirklich rechtsex- tremen Mobilisierungskampagne von Altnazis und christlich-sozia- len Ewiggestrigen“.

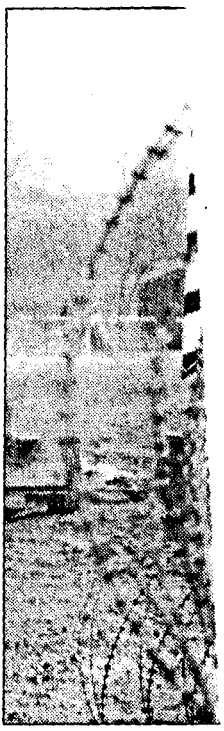
19 000 Be

Bundesländer über polizeiliche

DW Hannover - Nach Anlauf- schwierigkeiten ist die polizeiliche Sicherung des Castor-Transports jetzt geregelt. Wie die Lüneburger Polizeieinsatzleitung am Wochen- ende mitteilte, haben die Bundes- länder die benötigten Beamten zu- gesichert, nachdem die Länder „zunächst nicht genügend Kräfte gemeldet“ hatten.

Bundesweit sind rund 19 000 Polizisten und Bundesgrenz- schutzbeamte für die Abschirmung der sechs Castor-Behälter aus den deutschen Atomkraftwerken Nek- karwestheim und Gundremmingen sowie aus der französischen Wie- deraufarbeitungsanlage La Hague vorgesehen. Nach bisherigen Infor- mationen wird der dritte Castor-Transport am 3. März im End- bahnhof Dannenberg eintreffen, um dann von der Schiene auf die Straße umgeladen und mit Last- wagen ins Atommüllzwischenlager Gorleben gebracht zu werden.

Unterdessen appellierte der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) an Städte und Gemeinden entlang der Cas- tor-Bahnstrecken, die Durchfahrt der Atommüllbehälter oder eine zeitweilige Lagerung zu verbieten. Daß einzelne Städte auch außer- halb der Region Wendland betrof- fen seien, zeige das Beispiel Lüne- burg. „Hier droht möglicherweise nicht nur die Durchfahrt, sondern sogar eine Zwischenlagerung von Castor-Behältern auf dem Gelände einer Kaserne“, sagte Niedersach- sens BUND-Vorsitzende Renate Backhaus. Die BUND-Bundesge-



Ein skeptischer Blick

schäftsstelle forderte desregierung ein F die Castoren und r freien Protesten geg Transporte“ auf.

Die Gegner des ports versuchen derw Vorhaben auf rechtli verhindern. So legte ger Anwalt Nikolaus eigenen Angaben „f nenberger Gemeinde

Angriff auf Südtiroler Schützen

Italienische Politiker fordern Auflösung des Vereins - Vorwurf der Militanz

Von ANDREAS ENGLISCH

Rom - Ausgerechnet während der Umzüge zum Gedenken an den vor 187 Jahren hingerichteten Freiheitskämpfer Andreas Hofer sehen sich Südtiroler Schützen einem politischen Angriff ausgesetzt: Nach dem der Bildungsreferent der Schützen, Peter Paul Rainer, den Landtagsabgeordneten Christian Waldner vor knapp zwei Wochen ermordet hat, verlangt Italiens rechtsgerichtete Partei Alleanza Nazionale (AN), unterstützt von weiteren parlamentarischen Gruppen, die Auflösung der Schützen. Auslöser für den Antrag des innenpolitischen Experten der AN, Massimo

sechziger Jahren, bei denen zahl- reiche italienische Carabinieri und auch Zivilisten ihr Leben verloren, ist den Schützen das Tragen und Lagern von Waffen verboten. Auch ihrem Wunsch, wenigstens histori- sche Waffen tragen zu dürfen, hat Rom nie nachgegeben.

Seit Jahren zeigen die Schützen Sympathien für extremistische Parteien, etwa der Union für Südtirol und der an Jörg Haider ori- entierten Partei der Freiheitlichen. Beiden Parteien geht es im Kern um einen Zusammenschluß Südti- rols mit Österreich. Die AN wie- derum sieht sich als Anwalt iener

minimalisieren. Wir werden den mut- malichen Mörder ausschließen, wenn er nicht selber geht.“

Doch Maurizio Gasparri will sich mit diesen Erklärungen nicht zufrieden geben. „Aus meiner Zeit als Staatssekretär im Innenmini- sterium weiß ich, daß auch die Polizei die Schützen für eine po- tentiell gefährliche Organisation hält, die Kontakte mit Terroristen unterhalten“, so Gasparri. Er ver- langt, daß sich eine parlamentari- sche Kommission mit dem Schüt- zenverein beschäftigt.

Der Streit um die Abtrennung Südtirols

Evangelische billigt W zur sozialen

DW Hannover - Der l gelischen Kirche in (EKD) hat das mit schen Kirche erarbei same Wort zur wir und sozialen Lage in gebilligt. Die EKD t chenende in Hanno Vorsitzende des EKD desbischof Klaus Eng der Vorsitzende der L schofskonferenz, B Lehmann, wollten d kommenden Freitag stellen. Das Gemei trägt den Titel